

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Bestenfalls wird belohnt. Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonne 10 Pf., die 22 mm breite 8 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 4 Pf. Ausland 2 Pf. bezw. 6 Pf. Rabatt lt. Tarif, Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 425

Samstag, 11. September 1920.

74. Jahrgang

Die deutsche Presse und die auswärtige Politik.

In dem Konflikt zwischen Polen und Rußland, der nach der ganzen heutigen internationalen Lage weit über diese beiden Länder hinausgreift, hat Minister Dr. Simons mit Recht der deutschen Politik strenge Neutralität zur Pflicht gemacht. Nur auf diesem Wege ist es möglich, dem wehrlosen Deutschland, das wir leider heute sind, einigen Schutz gegen die Brandstiftungen dieses weltpolitischen Konflikts zu sichern. Leider beweist auch in diesem Falle wieder ein Teil der deutschen Presse, daß ihm für die Durchführung einer selbstbewußten deutschen Außenpolitik die nötige Disziplin fehlt. Als die russischen Bolschewiken den polnischen Korridor besetzten, ließen zahlreiche deutsche Zeitungen durch die Feder ihres Korrespondenten die Welt wissen, daß die Deutschen in Soldau die russische Armee als Befreier mit großem Jubel aufgenommen hätten. Es wurden Einzelheiten geschildert und Namen genannt. Es gehörte wirklich nicht viel Weitblick dazu, um die möglichen Nachwirkungen dieser Schilderungen sofort zu erkennen. Die damals benannte Unerschrockenheit rächt sich denn auch heute bereits an den Deutschen Soldaten. Die Polen sind dort wieder die Herren und sie verlassen sich auf den dortigen Deutschen unter Androhuna sofortiger Ausweisung die unverzügliche Option für Polen. Es ist selbstverständlich, daß auch diese neue polnische Einmächtigkeit gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages verstößt, der den Deutschen im abgetretenen Gebiet zwei Jahre bis zur Option freiläßt. Die Polen, die in der Zeit ihrer Niederlage im Korridor zur schonenden Behandlung der Deutschen aufforderten, schließen sich jetzt in ihrem Stolz über jedes Recht hinwegzusetzen zu können. Die Reichsregierung wird sich der dringenden Pflicht bewußt sein, für die Deutschen in Soldau die Rechte des Friedensvertrages zu sichern. Sie wird aber wahrscheinlich dabei die Erfahrung machen, daß jene unvorsichtigen deutschen Presseberichte ihre Aufgabe jedenfalls nicht erledigen. Unseren Interessen und den Deutschen in Soldau wäre jedenfalls mehr zuzusetzen gewesen, wenn die deutsche Presse in ihrer Gesamtheit in diesem Falle das nötige Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt hätte.

Ein ähnlicher Fall betrifft Dänemark. Bekanntlich hat die deutsche Regierung die Entente erlöst, und die Aufstellung besonderer Wachmannschaften zu verhindern, um die in Dänemark internierten Bolschewiken im Zaume zu halten. Die Entente hat das abgelehnt, dahingegen beschlossen, selbst das Verhalten der Russen und der Deutschen in Dänemark genau zu kontrollieren. Es darf uns danach nicht wundern, wenn aus diesem Anlaß ein neues Reich von Ententebesatzung und Ententekontrolle über Dänemark geworfen wird, nachdem die Abkommensrechte endlich von der fremden Besatzung freigegeben sind. Will die Entente ihre Vorhaben rechtfertigen, so braucht sie sich nur auf einen Artikel des „Vorwärts“ (Nr. 445, Abendausgabe vom 7. September) zu berufen, der eine Zuschrift aus Dänemark darstellt, und der Gesamtbevölkerung von Dänemark die warmsten Komplimente für den russischen Bolschewismus schreibt. Der Artikel läßt dabei durchblicken, daß man in Dänemark von einem Sieg der Bolschewiken trotz aller Memel und Danzig, eines Nichtfalls aller geräucherten Felle der deutschen Diktatur erhofft habe und daß man deshalb dort in Dänemark in Verbindung für die „schlaue“ Stimmung im Reiche habe.

Der letzte Fall betrifft Oberschlesien. Die uns aus Preußen telegraphisch gemeldet wird, ist die „Presse-Lauer-Moraenszeitung“ auf einen Monat in Oberschlesien verboten worden mit der Begründung, daß ein von ihr veröffentlichter Erlaß des Generals Perond gefährlich sei.

Der Inhalt des angeführten Erlasses, der auch in viele andere deutsche Blätter übertragenen ist, war unferes Erachtens derart vorurteillich, daß er von der deutschen Presse mit größter Vorsicht hätte behandelt werden müssen. Wir hatten ihn schon dem Wasserford einverleibt, bevor uns die vorstehende Meldung, daß es sich um eine Fälschung handle, erreichte. In dem Erlaß, von dem behauptet wurde, daß er von der internationalen Kommission und Flebisziplin-Kommission für Oberschlesien ausging und der mit den Namen Caputi, Direktor des Militärdepartements und Perond, Präsident der internationalen Kommission unterzeichnet war, heißt es u. a.:

„Es wird darauf zu achten sein, im Falle von Mitteilung irgend welcher Art an gewisse Stellen (G. D. C. Dindenburg) mehr Klugheit und Vorsicht anzuwenden. Nicht zu verzeihen aber sind die Anweisungen über die Stellungnahme gegenüber den polnischen Organen im Falle eines Zusammenstoßes und über dessen Wirkung nach außen. Bei ungeschickten Differenzen im Zusammenarbeiten mit den Herren Mitgliedern der italienischen Delegation ist besonders darauf zu achten, daß die Nichtbeachtung der für die Aufstellung der Polizei erfolgten Vorschriften in nicht zu großer Zahl erfolgt. Es muß in jedem Falle ein bestimmtes Maß von Gleichgültigkeit eingehalten werden, damit das Prestige der internationalen Kommission keinen Schaden erleidet. Nach katastrophaler Rücksicht mit den leitenden polnischen Stellen erfolgen Direktiven beziehungsweise Anweisungen für die weitere Behandlung der noch kommenden Ereignisse.“

Es gehört nach unserer Auffassung eine ante Portion Kritiklosigkeit dazu, um auf so plumpe Nachwerke hineinzufallen. Wer mit der Dummheit seines Geistes rechnet, leidet selber an einem bedenklichen Mangel an Klugheit. Man versteht es nicht, wie die deutsche Presse dem Gelehrten immer wieder Gelegenheit geben kann, aus solchen Blättern das Gift zu neuen Repressalien zu lassen. Es scheint in der Tat, daß es den Deutschen in der Politik und namentlich in der Außenpolitik ungenügend schwer fällt, durch Schaden klug zu werden.

Die Nebenregierung.

Ein Zwischenfall im Kaiser Wilhelm-Kanal. Nach Mitteilungen der kommunistischen „Roten Fahne“ ist auf dem Kaiser Wilhelm-Kanal vom Schleusenbetriebsrat im Widerpruch gegen die Passierlaubnis des Betriebsdirektors Admirals a. D. Petruski ein schwedischer Dampfer „Covalla“, angeblich mit Munition von Saloniki für Polen unterwegs, zurückgehalten worden, wogegen ein griechischer Dampfer „Nolante“, angeblich mit Munition, Munition und Polen-Offizieren an Bord, passieren durfte. Die Betriebsräte in Döhlenau hätten sich am Montag mit der Abwehraktion befaßt. Die Aktionsführung wäre von den Gewerkschaften übernommen worden. Weiter wurde auf dem Kanal ein aus Frankreich kommender dänischer Dampfer, mit angeblich 10000 Tonnen Munition und Waffen für Polen an Bord, vom Wasserhub angehalten.

Nach einem aus Döhlenau kommenden Bericht hat außer dem schwedischen Dampfer „Covalla“ auch der griechische Dampfer „Nolante“ bis zur Stunde seinen Ankerplatz nicht verlassen dürfen. Admiral a. D. Petruski hat sich selbst an Bord der beiden Schiffe begeben, um Untersuchungen vorzunehmen. Die Ueberrückung beider Dampfer wird vorläufig vom Reichswasserhub angehalten.

Paris, 10. Sept. Gassat meldet, es sei wahrscheinlich, daß sich die Vorkonferenz mit dem Zwischenfall im Kaiser Wilhelm-Kanal befaßt werde, wo die Deutschen entgegen dem Artikel 238 des Friedensvertrages ein für Polen bestimmtes dänisches Schiff anzuhalten hätten.

Millerand in der Schweiz.

zu der Meldung des „Echo de Paris“ über eine Zusammenkunft zwischen Millerand und dem schweizerischen Bundespräsidenten Motta erzählt die schweizerische Tageszeitung „NZZ“, daß Millerand anlässlich seines Besuchs des internationalen Arbeitsamtes in Genf am 15. September mit Motta zusammengetroffen und am 16. September in Lausanne geblieben sei. Das Programm sei bisher noch nicht erörtert worden. Neben der Jönkerstraße hätten die Schiffsfahrstraßen sowie internationale politische Fragen, wie der Völkerbund und die russische Frage, Gegenstand der Besprechungen bilden.

Die irische Freiheitsbewegung.

„Daily Chronicle“ berichtet, daß Lord George von neuem erklärt hat, die Gefangenen, die die Nahrungsaufnahme verweigerten, würden nicht freigelassen. Was den Bürgermeister von Cork anlangt, so heißt es, daß England ihn in seinem Gefängnis Hungers sterben lasse. Das sei auch und gar unrichtig. Es sei alles verurteilt worden, um ihn zur Nahrungsaufnahme zu bewegen. Er bleibe aber dabei, Selbstmord zu begehen. Es bestehe nicht mehr der geringste Zweifel, daß der Bürgermeister eine aktive Rolle in der Draconifikation gespielt hat, die die Ermordung von 80 zuverlässigen Beamten der irischen Polizei herbeiführte. England habe auch den klaren Beweis dafür, daß die sogenannte irische Armee und besonders die Brigade, der der Bürgermeister angehörte, an den Ermordungen und Anschlüssen beteiligt sei. Es bleibe England nur übrig, Irland diese Armee auszuliefern oder die englische Flotte zu verteidigen.

London, 10. Sept. (Neuter.) In einem Brief an ein Parlamentsmitglied bezeichnete K. Smith den Beschluß, den Bürgermeister von Cork herben zu lassen, als einen politischen Schacher erster Ordnung und erklärte sich bereit, Ansuchen des Bürgermeisters zu unterstützen.

Nach einer Neutermeldung aus Quenston ist vor gestern Abend eine Gruppe von Sinnkämpfern in das Haus des Admirals Raffles, des derzeitigen Vertreters des Admirals Sir Reginald Tower, eingedrungen, als dieser gerade mit einigen Gästen beim Essen war. Während einige Sinnkämpfer die Engländer mit „Hände hoch“ in Schach hielten, wurde das Haus durchsucht und alle Feuerwaffen weggeschleppt.

Deniselos im griechischen Parlament.

Die englischen Blätter melden aus Athen, daß der Vorherrscher des griechischen Abgeordnetenhauses Isakidis nach der Eröffnung der Sitzung einen Antrag einbrachte, in welchem erklärt wird, daß Deniselos der Wohlthäter und Retter seines Landes sei und eine Säule zu seiner Ehre im Versammlungssaal aufgestellt werden solle. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Deniselos legte darauf die Verträge von Sevres zur Ratifizierung vor. Hierauf gab er einen Überblick über seine Politik seit 1915, kritisierte in scharfen Worten die autokratische Politik des Königs Konstantin, und als er von Verträgen sprach, richtete Konstantin wieder auf den Thron zu bringen, rief die gesamte Kammer: „Nemals!“

Das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten.

Hier anfängliche internierte Deutsche erhielten, der „Press“ zufolge, ihr beschlagnahmtes Eigentum zurück. Die Schatzkammer-Vereinbarung verlangt, die Regierung solle Deutschland einen Kredit in der Höhe des Wertes des gesamten beschlagnahmten Eigentums einräumen.

Neuwahlen in Preußen. Sofortige Vorlage des Wahlgesetzes. — Neuwahlen im Januar.

Berlin, 10. Sept. Nach dem „Berl. Lok.-Anz.“ soll dem preussischen Landtag das Landtagswahlgesetz Ende der nächsten Woche zugehen. Es ist geplant, die vorliegenden Arbeiten bis zum Dezember abzuschließen und die Verwaltungsreform dem neuen Landtag zu überlassen. Der Januar soll der Wahltagion gewidmet werden. Die Reichsparteien dürften sich unter bestimmten Voraussetzungen damit einverstanden erklären.

Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung?

Die „Fr. Nachr.“ wollen die Bekätigung erhalten haben, daß unerfindliche Besprechungen über den Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung erfolgt sind, die aber bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben. Nach unseren Erkundigungen bei Vertretern aller drei Regierungsparteien dürfte es als ausgeschlossen betrachtet werden, daß etwa Demokraten und Zentrum sich von der Deutschen Volkspartei trennen, um die alte Koalition wieder herzustellen. Es kann sich also nur darum handeln, daß die Sozialdemokratie als vierte Partei in den bestehenden Regierungsablock eintritt. Dazu sind die drei bürgerlichen Parteien grundsätzlich bereit, wenn es gelingt, mit den Sozialdemokraten ein Programm aufzustellen, das nach der politischen wie nach der verfassungsmäßigen Seite hin die Möglichkeit eines befriedigenden Zusammenarbeitens bietet. Vielleicht, daß dabei auch die Neuwahl des Reichspräsidenten hineingezogen und ein Kompromiß in der Weise getroffen wird, daß der Sozialdemokratie als vierte Partei in den bestehenden Regierungsablock eintritt. Dazu sind die drei bürgerlichen Parteien grundsätzlich bereit, wenn es gelingt, mit den Sozialdemokraten ein Programm aufzustellen, das nach der politischen wie nach der verfassungsmäßigen Seite hin die Möglichkeit eines befriedigenden Zusammenarbeitens bietet. Vielleicht, daß dabei auch die Neuwahl des Reichspräsidenten hineingezogen und ein Kompromiß in der Weise getroffen wird, daß der Sozialdemokratie als vierte Partei in den bestehenden Regierungsablock eintritt. Dazu sind die drei bürgerlichen Parteien grundsätzlich bereit, wenn es gelingt, mit den Sozialdemokraten ein Programm aufzustellen, das nach der politischen wie nach der verfassungsmäßigen Seite hin die Möglichkeit eines befriedigenden Zusammenarbeitens bietet.

Das Ergebnis von Stresa.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Stresa, daß die beiden letzten Sitzungen der deutsch-italienischen Konferenz am 8. September Mittagsstunden haben. Die italienischen Delegierten unterbreiteten den deutschen Delegierten eine Liste dererigen Vorschläge, die Italien liefern kann, und es wurde eine Verständigung dahingehend erzielt, daß die deutschen Delegierten sich damit einverstanden erklärten, daß Deutschland die Lebensmittel, die es durch die italienischen Vorkontrollen zu kaufen in der Lage ist, auf italienischen Märkten einkauft. Dies stellt das Ergebnis der Konferenz dar.

Die Delegierten haben Stresa vorzeitig verlassen. Der deutsche Ernährungsminister Hermes brückte seine Befriedigung über den herzlichen Empfang und über den freundschaftlichen Geist aus, den die italienischen Delegierten im Laufe der Verhandlungen an den Tag legten.

D'Annunzio proklamiert wieder. Fiume als Freistaat.

Die „Idea Nazionale“ meldet aus Triest: Nach Nachrichten aus Fiume proklamierte D'Annunzio Fiume als Freistaat. Infolge des Eintreffens gewisser Nachrichten aus Paris habe er die Proklamation, die für den 12. Dezember in Aussicht genommen war, sofort vorgenommen.

Die Nachricht der „Idea Nazionale“ über die Proklamation der italienischen Regentenschaft über den Golf von Quarnero wird auch von anderen italienischen Blättern bestätigt, welche noch hinzufügen, daß die Proklamation am 8. Sept. in aller Stille erfolgte.

Der „Corriere della Sera“ schreibt, daß die Proklamation vier Tage früher erfolgte als vorgesehen, um die Politiker und die Regierungskreise vor eine vollendete Tatsache zu stellen und um ihre Pläne zu durchkreuzen.

Informationen des „Corriere della Sera“ aus Rom bestätigen das Gerücht, daß die serbische Regierung den alltesten Regierungen ihre Beizgerung bekanntgegeben hat, die italienische Regentenschaft über den Golf von Quarnero di Fiume anzuerkennen. Da sich der jugoslawische Regent gegenwärtig auf der Reise nach Paris befindet, hat D'Annunzio auch diesen vor eine vollzogene Tatsache stellen wollen.

Ein neuer Vulkan in Italien.

Die Zeitungen berichten aus Spezia, daß sich auf dem Gipfel des Pisanella, einem Berge im Gebiet von Rapua, ein Krater mit Feuer- und Rauchentwicklung und Schwefeldünken gebildet hat. (Veral, die weiteren Erdbedenmeldungen im vermischten Teil.)

Clemenceau reist nach Indien. Die die „Daily Mail“ meldet, wird Clemenceau demnächst eine Reise nach Indien machen.

Noch ein Aufruf an die Landwirtschaft.

Folgendes erlaßt die Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen:

Schleunigter Ausdruck und Anmeldung des zur Ablieferung bereitgestellten Brotgetreides ist jetzt das Gesetz der Stunde! Die ansehnliche Reichsreserve ist äußerst gering. Bis Mitte August 1918 waren ohne Polen und Westpreußen 175.000 Tonnen abgeliefert, bis jetzt nur 161.000. Das Spat-Abkommen ist unerfüllbar, wenn die Bergarbeiter nicht mehr und besseres Brot bekommen. Das vor der Ernte abgelieferte Brot enthielt vielfach nur 20 Prozent Grundmehl, nirgends aber mehr als 50 Prozent. Besseres Brot nach der Ernte ist den Bergarbeitern versprochen. Wird das Spat-Abkommen nicht erfüllt, so ist die Deckung des Rohstoffes sicher. Dies wäre ein großes nationales Unglück und würde die weitere Rohstofflieferung für Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand völlig unterbinden. Die Landwirtschaft hat es in der Hand, dies Unglück zu vermeiden. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat schon die Anwartschaft für Getreide und Mehl sowie für Gemüse und Obst bewilligt und die Kartoffeln vom 15. Sept. ab freigegeben hat, will vom 1. Oktober ab auch die Anwartschaft für Mehl und Getreide ausüben, wenn in kürzester Frist 200.000 Tonnen Brotgetreide für das Reich gesichert sind. Deshalb ist jetzt Brotgetreide abzuliefern, damit auch die Viehwirtschaft wieder frei wird. Sollte der Ausdruck des Getreides mancherorts durch Mangel an Kohlen, Benzin oder infolge zeitweiser Sperrung elektrischer Stromzufuhr erschwert sein, so wird dringend empfohlen, hiervon der Landwirtschaftskammer in Münster schriftlich Mitteilung zu machen. Die auf Beseitigung der Hindernisse zuwirken wird."

Die Gerüchte über eine Zwangsangeleihe.

Wie wir zu den Nachrichten über die drohende Zwangsangeleihe erfahren, hat Reichsminister Wittich persönlich auf der Darmstädter Konferenz der Finanzminister erklärt, daß er keine Entscheidung bezüglich dieser Vorlage getroffen habe, insbesondere auch nicht darüber, daß sie dem Reichskabinett vorzulegen werden solle. Ebenfalls habe die Reichsregierung keine solche Vorlage auszuarbeiten beabsichtigt, daß eine solche Vorlage auszuarbeiten sei. Demnach sind alle Gerüchte, daß schon in nächster Woche das Reichskabinett sich mit der Zwangsangeleihe beschäftigen werde, mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Koks- und Kohlegewinnung aus Asche.

Man schreibt der Köln. Sta.: Unermüdlicher Ingenieuraktivismus ist es gelungen, ein selbst in Ausfrieren größtes Erzeugnis erhaltendes Verfahren ausfindig zu machen, um die in den Feuerungsabfällen (Asche) enthaltenen Brennstoffe wieder zu gewinnen. Der Hauptbestandteil dürfte kaum bekannt sein, daß die Asche noch 10 bis 50 v. D. und mehr unverbrannte Bestandteile (Koks und Kohle) enthält. Die bisher der Brennstoffwirtschaft zum allergrößten Teil verloren gegangenen, um welche beträchtliche Brennstoffmengen es sich dabei handelt, seien folgende Hebergebnisse:

Der Kohlenverbrauch Deutschlands betrug im Frieden rund 150 Millionen Tonnen jährlich. Rechnet man jetzt mit nur 100 Millionen Tonnen Kohlenverbrauch und einem Aschenanteil von etwa 20 Millionen Tonnen, so ergibt sich eine Menge von mindestens 5 Millionen Tonnen unverbrannter Brennstoffe in den Aschen. Die Reichsbahnbahnen allein verbrauchen etwa 15 Millionen Tonnen Koks jährlich; dem entspricht ein Aschenanteil von etwa 2 1/2 Millionen Tonnen und eine Menge daraus wiederzugewinnender Koks von etwa 1 Mill. Tonnen, das sind 100.000 Eisenbahnwagenladungen.

Die Aschenabreinigung der in den Feuerungsabfällen enthaltenen Brennstoffe ist daher von allergrößter Bedeutung für alle industriellen Unternehmungen Gasantriebe, Elektrizitätswerke, die Schiffahrt usw. Nach den neuen von Friedr. Krupp, Aktien-Gesellschaft Grönauwerk in Magdeburg-Budau, während des letzten Jahres durchgeführten und praktisch erprobten Verfahren wird die Asche — im Gegensatz zu älteren und neueren Verfahren — auf trockenem Wege in ihre Bestandteile: Schlacke, Koks und Kohle zerlegt. Es wird kein Wasser oder irgendeine andere Flüssigkeit angewandt, und die Brennstoffe werden im trockenen Zustand gewonnen. Auch die feinen Brennstoffe werden dabei ausgefrieren und können verwertet werden.

Das Verfahren beruht auf den physikalischen Eigenschaften der eisenhaltigen Schlacken. Es ist vom Grönauwerk um Patent angemeldet worden, und die Anmeldung ist vom Patentamt vor einigen Wochen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. In den heutigen Zeiten größter Brennstoffnot verdient dieses neue Verfahren von ganz hervorragender Bedeutung, besonders für die Volkswirtschaft Deutschlands, zu werden.

Der Schuß im Blut.

Roman von Horst Bodemer.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Christoph Wärbahn wartete Jahr um Jahr auf seine Stunde. Der Junge trieb es immer toller, und Gretel, die sehr hübsch geworden war, wurde ein solches, hochfahrendes Mädchen. Ihre Mutter sah das nicht ungern an ihrer Tochter. Um ein solches, reiches und recht kluges Mädchen zu ringen liebte die Männer. Den für ihr Gretel passenden würde sie ausfinden, und schließlich auf Widerstand stoßen. In ihrer eleganten Mutter sah das junge Mädchen den Anbegriff der Vollkommenheit. Der Hans aber war der richtige Häsel geworden. Die schmutzigen Dorfjungen wurden seine besten Freunde. Aus den Augen wurden Burtschen, das änderte aber nichts an der Freundschaft. Vom dritten Gymnasium wurde er ausgeschlossen, war mit sechzehn Jahren Untertertiarier und verbrauchte eine Menge Geld. Eines Abends wurde er ins Haus getragen mit gebrochenem Bein. Heimlich war er von Marburg zum Armes gekommen, hatte sich auf dem Tanzsaal wenig rühmlich benommen und war von älteren Burtschen kurzerhand die Treppe hinabgeworfen worden.

Mit Tränen in den Augen berichtete es die Mamiell ihrem Herrn, der schon zu Bett gegangen war.

„Ach ziehe mich jetzt an und spreche mit meinem Sohne! Nun ist's genug!“

Der Arzt war noch nicht da. Maria und Henner standen an Daniels Bett, als Großvater eintrat. Er sah Sohn und Schwägerin mit erschrockener Stirn an; sein Enkelkind würdigte er keines Blicks.

„Nur ist nun endlich, daß eure Erziehung falsch ist?“

„Ja,“ sagte der Henner, „ich wenigstens! Und fast habe ich es auch, mir von seinen Lehrern die Ohren vollbringen zu lassen. Ich werde ihn selbst unter die Fingel nehmen! Hier maas er bleiben und die Landwirtschaft gründlich erlernen! Dafür hat er seine Jahre abzugeben wie jeder Dorfjunge! Er will's ja nicht anders!“

Erlesenes.

Zum Guten, Schönen will von Mangelhaften, Bösen die Welt erlöst sein, und du sollst sie miterlösen. Vom Bösen mache dich, vom Mangelhaften frei: Zur Güt' und Schöne so der Welten trägt du bei. Rückert.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. September.

Die neue Pachtordnung.

Die neue Preussische Pachtordnung vom 3. Juli 1920 will zum Unterschied von der Kleingarten- und Kleinpachtland-Ordnung Pachtverträge für Grundstücke, die zum Zwecke landwirtschaftlicher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet sind. Die Streitigkeiten zwischen Pächtern und Verpächtern sollen ebenso wie in der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung durch ein Pachtvereinigungsamt mit weltlichen Besessenen geschlichtet werden, welches aber nicht wie in der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung dem Pachtvereinigungsamt angegliedert ist, sondern dem Amtsgericht. In Orten, in denen sich ein Kulturamt befindet, kann das Pachtvereinigungsamt auch dem Kulturamt angegliedert werden.

Nach § 2 können die Pachtvereinigungsämter bestimmen:

- a) für Grundstücke unter 25 ha:
 1. daß Kündigung unwirksam werden und daß gekündigte Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren fortzusetzen sind,
 2. daß ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren verlängert werden,
 3. daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden;
- b) für Grundstücke jeder Größe:
 1. daß Leistungen, die unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweit festgesetzt werden.

Die Pachtvereinigungsämter dürfen Bestimmungen aus Abs. 1 nur treffen, wenn sich das Verhalten eines Pächters entweder als widerliche Ausbeutung der Pacht, des Pächters oder der Unerfahrenheit oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar als eine schwere Unbilligkeit darstellt oder wenn es zur Folge hätte, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät.

Aus dem Wortlaut des § 2 ergibt sich, daß für landwirtschaftlich oder gewerbmäßig gärtnerisch genutzte Grundstücke der Pachtvertrag nicht so weitgehend ist wie bei Kleingärten, Kleinpachtland. Kleingärten dürfen bekanntlich nur gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund zur Kündigung vorliegt, während nach der neuen Pachtordnung für landwirtschaftlich oder gewerbmäßig gärtnerisch genutzte Grundstücke Kündigungen an sich gestattet sind und die Pachtvereinigungsämter nur in den dazu bestimmten Voraussetzungen Kündigungen aufheben können. Immerhin erweist sich der Pächter landwirtschaftlicher oder gewerbmäßig gärtnerisch genutzter Grundstücke nunmehr auch eines weitgehenden Pachtvertrages, jedoch Pächter und Verpächter derartiger Grundstücke gut tun, sich mit der neuen Pachtordnung eingehend vertraut zu machen.

Die Grenze zwischen Kleingärten und Kleinpachtland-Ordnung und der neuen Pachtordnung wird nicht immer scharf zu ziehen sein. Unter Kleingärten versteht das neue Gesetz lediglich die Gärten von kleinerem Umfang bis zu höchstens 10 Acker, die von dem Pächter selbst oder von seinen Familienmitgliedern bewirtschaftet werden und deren Erzeugnisse im eigenen Haushalt Verwendung finden. Man kann demnach wohl sagen, daß alle Grundstücke, für die diese Voraussetzungen nicht zutreffen unter die neue Pachtordnung fallen.

Der „Anschluß für Volkserziehung“ eröffnet am 20. September seinen Herbstkurs, der sich auf 1/2 Jahr erstreckt und wochentags in der Zeit von 7-10 Uhr abends in der Stadt Oberrealschule (Nietering) stattfindet. Der Lehrplan umfaßt Vorlesungen und Unterrichtskurse. Die erlernten enthalten die Gruppen: Philosophie, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Literatur, Kunst, Medizin, Naturwissenschaften; letztere bieten Gelegenheit zur Fortbildung in: Deutsch (Rechtschreibung, Aufsatzlehre, Redefunktion), Schönschreiben, Rechnen (Algebra, Geometrie, Trigonometrie), Geometrie (Planimetrie und Stereometrie), Geometrie (Planimetrie und Stereometrie), Geometrie (Planimetrie und Stereometrie), Geometrie (Planimetrie und Stereometrie). — Angewandte sind Männer und Frauen jeden Standes über 14 Jahren — Die Anmeldungen sind bis Freitag, den 11. Donnerstag, den 16. September, den 18. September, abends 7-9 Uhr, Sonntag, den 19. Sept. vorm. 10-12 Uhr Stadt Oberrealschule (Nietering) statt; dort wird auch Auskunft erteilt. Am ersten Mal ist auch eine

Unterrichtsberatungsstelle eingerichtet, die jedem Teilnehmer zur Verfügung steht und ihm bei der Auswahl der zu besuchenden Fächer beratend zur Seite steht. — Die ausführlichen Lehrpläne sind im Versorgungsamt, Vertriebsstraße 3, Zimmer 43; in der Buchhandlung Hübn, Weisenstraße 35; im Gewerkschaftsbüro, Arbeiterbildungsanstalt und in der Hofbuchhandlung Stadt, Bahnhofsstraße 6, kostenlos erhältlich. Am Interessierten einer platten Erledigung der Vorarbeiten wird dringend gebeten, die Anmeldetermine einzuhalten und möglichst die ersten Abende zu benutzen.

Was muß der Hausbesitzer zu seiner Selbsterhaltung von der Gesetzgebung fordern? Einer der bewährtesten und geschicktesten Führer in der Hausbesitzbewegung ist Stadtrat Sumar in München, der Vorsitzende des dortigen Hausbesitzervereins, der infolge seiner Autorität in allen Hausbesitzfragen auch zum Mitglied des Reichswirtschaftsrates berufen ist. Auf einer Reise zur Hausbesitzberatung in Köln begriffen, war er am Donnerstag in Wiesbaden Gast und benützte die Gelegenheit, im Wesigen Haus- und Grundbesitzer-Verein vor einer stattlichen Zuhörerschaft zu sprechen und über alle Fragen Aufschluß zu geben, die den Hausbesitz in seiner Selbsterhaltung betreffen. Er entledigte sich seiner Aufgabe in überaus klarer und sachlicher Form und erzielte für seine Ausführungen lebhaft zustimmenden Beifall. Während sich um den Hausbesitz vor und während des Krieges in seinen Mienen kein Mensch kümmerte, so führte der Redner etwa aus, war die Regierung sofort bei der Hand, eine Mieterhöhungsgesetzgebung zu schaffen, als man befürchtete, daß in Einzelfällen eine Bewucherung des Mieters vorzukommen könne. So kam die Mieterhöhungsgesetzgebung, die sich zu einem Unterdrückungs- und Zwangsgesetz für den Hausbesitz ausweitete und hauptsächlich mit dazu beigetragen hat, daß die Wohnungsnot eine so große geworden ist, weil die private Bauwirtschaft unter dem Druck des Gesetzes lahmgelegt worden ist. Der Redner setzte nun an dem neuen bayerischen Mieterhöhungsgesetz, das im August d. J. unter seiner Mitwirkung zustande gekommen ist, wie den belerichtigten Interessenten, der Mieter sowohl, wie der Vermieter Rechnung getragen werden könne. Vor allem ist darauf zu sehen, daß die Verzinsung des Eigenkapitals gesichert wird, die 1 Prozent mehr betragen muß als die vorliegenden Zinssätzen. Die kleinen Wohnungsreparaturen sind von Mietern und Vermietern zu gleichen Teilen zu tragen. Für die großen Hausreparaturen hat die Reichsregierung die Uebertreibung zu beschränken, und die Reparaturkosten sind als Mehrwert des Hauses zu berechnen. Zur besseren Organisation der Zwangseinkaufsorganisation sind Kontrollkommissionen paritätisch von Mietern und Vermietern gebildet, über die Wohnungsämter zu setzen. Der Redner verbreitete sich dann noch eingehend über die geplante Mietersteuer, für die der Hausbesitz nur eintreten könne, wenn die Erträge zum Herrichten der Wohnungen und zum Neubau von Häusern verwendet würden, über Mieter- und Mieterbuch als gesetzliche Maßnahmen, die nur aus politischen Motiven gesehen und alle wirtschaftliche Zweckmäßigkeit vernichten lassen. Auffällende Mitteilungen über das Reichsnotopfer, die Reichs-einkommensteuer und über die Unfruchtbarkeit der Bodenreformbewegung ergänzten das Referat, das mit dem Hinweis schloß, daß die Hausbesitzerorganisation gänzlich umgestaltet werden müsse, da der Kampf, den der Hausbesitz zu führen habe, ein erstickter und harter werden würde, denn der Kampf gehe nicht nur um sein eigenes oder erworbenes Eigentum, sondern er gebe um mehr, er gebe um alles, was Deutschland noch habe. Wird dieser Kampf zu einem guten Ende geführt, dann komme alles, was erreicht worden sei, dem ganzen Volke zugute. — In Beginn der Versammlung machte der Vorsitzende Ehr. Kallfrenner die Mitteilung, daß die Entscheidung des Magistrats wegen der Mietpreiserhöhung in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Die Verhandlungen der Sachverständigenkommission, wobei die Vermieter eine Erhöhung der Miete auf 75 Prozent verlangt, die Mieter eine solche von nur 15 Prozent aufzuweisen hätten, seien ergebnislos verlaufen. Der zweite Vorsitzende, H. Hartmann, teilte weiter mit, daß wegen der Erhöhung der Schornsteinfegergebühren Verhandlungen zwischen der Schornsteinfeger-Innung und dem Haus- und Grundbesitzerverein geführt werden sollen, wozu der Verein eine Dreierkommission ernannt habe, ferner, daß es im Interesse der städtischen Finanzen liege, wie eine Ansprache mit dem Magistrat gezeigt habe, wenn die Kanalreinigungsgelühren nur einmalmal statt in vier Raten erhoben würden. Die Mitglieder würden ersucht, der Anforderung des Magistrats stattzugeben.

Tarifvertrag im Gastwirts- und Hotelgewerbe. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers ist der zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Hotel- und Gastwirtsvereine in Wiesbaden und der Tarifkommission der vereinigten Angestelltenverbände Wiesbadens am 21. Mai 1920 abgeschlossene Tarifvertrag, sowie der hierzu am 15. Juni 1920 vereinbarte Nachtrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gastwirts- und Hotelgewerbe gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Stadt Wiesbaden für allgemein verbindlich erklärt. Die

willt war. Der Vater aber hatte nicht die Kraft, sie durchzuführen. Da schickte sie sich an ihre schöne Mutter. Ihre Worte galten ihr nun erst recht als Evangelium; über den Vater dachte sie verächtlich die Achseln, und auf Großvater wurde sie während. Denn wie sollte denn das einmal werden, wenn ein Freier kam? Dann war Großvater die ausschlaggebende Person, und wer ihr und der Mutter willkommen war, würde es diesem Bauer schwerlich sein. Großvater konnte nun nicht schlummer ärgern, als wenn man die alte Gutsche schlecht behandelte. Wenn es die zu ärgern galt, war sie sogar mit ihrem Bruder einig.

Hans dachte nicht an morgen! Mutter von der Schule, das blieb die Hauptsache! Er arbeitete sich nicht tot — und der Enkel des Dekanats Wärbahn hatte Kredit in Fritsler und Ullrichs. Als er wieder humpeln konnte, hatte er allen Grund, sich über seinen Vater zu wundern. Der dachte ihn schon an. Vorerst mußte er im Bureau arbeiten. Da dachte sich Hans hinter seine Mutter. Die verjagte auch gleich ihn zu trösten.

Vater und Großvater sind böse auf dich. Und wahrlich nicht mit Unrecht! Halt die Ohren steif, dann wirst du zu Otern auf eine Vorbereitungsanstalt gehen, damit du wenigstens das Zeugnis zum Einjährigen bekommst!

Nach einmal auf die Schulbank zu klammern, war gar nicht nach seinem Geschmack. Um's Dienen würde er sich schon drücken können. Aber er sagte nichts.

Winter war's geworden bis sein Bein wieder vollkommen in Ordnung war. Dranzen gab es in der Landwirtschaft nichts zu tun, da arif er nach der Bäckerei. Und wenn er einen Hafen geschossen hatte, marschierte er araden Was nach Fritsler. Mit dem Wirt einer Aneipe, in der vorwiegend Arbeiter verkehrten, hatte er ein Abkommen getroffen; dem lieferte er das Wild ab, das auf seine Jagde angerechnet wurde. Und als er einmal einen Reibohf brachte, lud er ein paar Leute, die immer gegen Abend dort anzutreffen waren, zum Freitanz ein. Immer mehr setzten sich an den Tisch, sobald die Jagde bedeutend größer wurde als sein Guthaben. Der Wirt hörte das weiter nicht. (Fortf. folgt.)

Einige unvollständige Textfragmente am rechten Rand des Bildes, die teilweise abgeschnitten sind.

Staatstheater in Wiesbaden.

Sonntag, den 11. September. Anfang 7 Uhr. Madame Butterfly. Japanische Tragödie in 3 Akten. Nach John G. Seng und David Belasco von E. H. Sillia und G. Giacosa. Deutsch von Alfred Brüggenmann. Musik von Giacomo Puccini.

Spieldplan: Sonntag, 8.30 Uhr: Tobacchin. - Montag, 7 Uhr: Amphitruon. - Dienstag, 8.30 Uhr: Der Hingebende. - Mittwoch, 7 Uhr: Die Boheme.

Residenz-Theater.

Sonntag, den 11. September. Anfang 7 Uhr. Schwarzmädcheln. Operette in 3 Akten von K. Reuber. Musik von E. Jessel.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Samstag, den 11. September. 1-3.30 Uhr. Nachmittags-Konzert. Ab-Konzert. Residenz-Theater-Orchester, verstärkt durch Musiker der Orchestergruppe Wiesbaden.

Preiswert sind die Dinners à 15 u. 20 Mk. Soupers à 15 u. 20 Mk. Reichlich und gut angerichtet die einzeln. Platten. Vorzüglich in jeder Beziehung speisen Sie im Hotel-Restaurant Fürstenhof 32 Sonnenberger Strasse, Links gegenüber dem Kurgarten.

Zahn-Praxis August Klein Herderstrasse 19. Schonende Behandlung. - Mässige Preise. Sprechstunden 9-1 und 3-6.

Zeige hiermit an, dass ich meine Praxis wieder aufgenommen habe. Büro: Wilhelmstrasse 18. Rechtsanwalt Dr. Schröder.

Bekanntmachung. Der Delegierte der Hohen Interalliierten Kommission in Wiesbaden legt mich in Kenntnis von der folgenden Verfügung betreffs des öffentlichen Verkehrs auf dem Bürgersteig vor dem Schloß. Diese wird hierdurch der Bevölkerung bekanntgegeben:

Ratskeller-Klause Täglich 3 Spezialgerichte: Mk. 4.-, 5.-, 6.-. Heute Samstag: Fisch- u. Rebhuhn-Essen 1 junges Rebhuhn, Kraut und Kartoffeln Mk. 15.-

VEREIN FÜR KUNST UND LITERATUR E. V. MAINZ Donnerstag, 16. Sept 1920, abends 7 Uhr zu Mainz in der Christuskirche KONZERT DES BERLINER DOMCHORES Leitung: Professor Hugo Rüdell. Orgel: Wilhelm Kempff.

Meisterschule für Vortrag (Rollen-Studium - Rezitation - Gesangs-Vortrag - Redekunst) Dramaturg Adolph Tormin Beginn des Wintersemesters: 15. September 1920.

Deutsche Volkspartei Bezirksverband Wiesbaden Wir laden die Mitglieder und Freunde unserer Partei mit ihren Familien zu einem Geselligen Zusammensein im Paulinenschlößchen zu Wiesbaden am Sonntag, den 12. Sept. 1920, nachm. 3 Uhr.

Hoermann's Obst- & Lebensmittel-Geographie Fruchte & Lebensmittel-Geographie. Telefon 6458. Canar. Bananen Stück von Mk. 1.- an. Johannisbrot 1/4 Pfund Mk. 1.50 Geröst. Erdnüsse 1/4 Pfund Mk. 2.50 regelmäßig neue Ankünfte. Marktplatz 3.

Einfamilienhaus im Redartal bei Seibelsberg. 8 Zimmer, Veranda, ohne Zubehör. Obliq., elektr. Licht, Wasserleitung. Preis 128 Talle. Anzahlung ca. 100 Talle. Off. erbeten unt. Z. 569 an die Geschäftsstelle d. Bl. Alfolastr. 11.

Haarnetze Hauben 2.- Mk., Stirn 2,75 Mk., echtes Haar. Dette, Michelsberg 6.

Zeichnungs-Einladung auf m. 60 000 000 4 1/2% zum Nennwerte einlösbare Zeilschuldverschreibungen der Siemens & Halske Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Siemens & Halske Aktiengesellschaft zu Berlin gibt nom. M. 60000000 4 1/2% zum Nennwerte einlösbare Zeilschuldverschreibungen aus, deren Zulassung zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse beantragt werden wird.

18. September 1920

Table listing banks and branches for the Siemens & Halske bond issue, including locations like Berlin, Bremen, Hamburg, and Wiesbaden.

Kaufgesuch. Villa m. mind. 5 gr. Zimmern, Nebengeb. Garten etc. i. Preis bis 250 Talle (Anzahlung n. Wunsch) wird zu kaufen gesucht. Fr. Jooss, Heilbronn a. N.

Kaufm. Privat-Schule Herm. u. Clara Bein Kirchgasse 22 an der Luisenstrasse. Beginn neuer Gesamt- und Einzelkurse für alle Fächer.

Habe abzugeben: 3 Gummigleitschutz 760x90 Mk. 1224.- p. St. 1 Nietengleitschutz 760x90 1845.-

tücht. Vertreter der bei der in Frage kommenden Kundenschaft gut eingeführt ist. Angebote unter Z. 568 an die Geschäftsstelle d. Bl. Alfolastr. 11.

Privat-Kochstunde (einf. u. ff. Küche) nimmt Fr. H. Karlowski, geprüfte Kochlehrerin, Arndtstr. 5, Anmeldung wieder entgegen. 3 mal wöchentlich, von 9-1. Dauer: 3 Mon. Ein Backkursus beginnt gleichzeitig.

Arthur Henney, Wiesbaden Sartoriusstr. 6. Telefon 6316. In unser Handelsregister B wurde heute unser Nummer 389 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma: Allgemeine Metallurgische Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen.

Größere Akt.- und Konstitutionsfabrik Rheinlands sucht für Wiesbaden und Umgebung einen tücht. Vertreter